

... Kompli-
... ten, sich in
... fteher bez.
... kann den
... zischehörde;

... eibe ...
... tholl ...
... bert ...
... u. Tuerich ...
... - 7 Uhr ...
... M.

... de ...
... en ...
... me ...
... en 17.

... ratie ...
... pfennig ...
... a. M.

... rr ...
... Seft 10 Pf.
... den 13 ver-
... schneuen zu
... abonement)
... sind bis her

... rr ...
... Seft 10 Pf.
... den 13 ver-
... schneuen zu
... abonement)
... sind bis her

... rr ...
... Seft 10 Pf.
... den 13 ver-
... schneuen zu
... abonement)
... sind bis her

... rr ...
... Seft 10 Pf.
... den 13 ver-
... schneuen zu
... abonement)
... sind bis her

... rr ...
... Seft 10 Pf.
... den 13 ver-
... schneuen zu
... abonement)
... sind bis her

... rr ...
... Seft 10 Pf.
... den 13 ver-
... schneuen zu
... abonement)
... sind bis her

... rr ...
... Seft 10 Pf.
... den 13 ver-
... schneuen zu
... abonement)
... sind bis her

... rr ...
... Seft 10 Pf.
... den 13 ver-
... schneuen zu
... abonement)
... sind bis her

Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main.“

Telephon-Anschluß:
Amt Hanfa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die 6 Spalten, Zeitungsloft 15 Pf.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden aufgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittlich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehrstr. 49, Telephon 1026 — Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. —
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 33

Mittwoch den 9. Februar 1916

27. Jahrgang

Dumaberufung und russische Kreditnot.

Friedensgedanken in England.

Bemerkenswerte Ausführungen hat der bekannte eng-
lische Schriftsteller G. Wells in der Londoner Zei-
tung „Daily Chronicle“ vom 17. und 18. Januar gemacht.
über die die „Köln. Volksztg.“ berichtet. Sie sind zunächst
bemerkenswert, weil hier zum ersten Male auf englischer
Seite offen vom Frieden geredet wird, und zwar von einem
Frieden, wie er sich gestalten müsse, wenn der jetzige Krieg
bis zur völligen Erschöpfung beider großen streitenden Ver-
teiler fortgesetzt würde. Der Verfasser hat vor dem Kriege
und in den ersten Monaten seines Verlaufes zu denjenigen
gehört, welche am kräftigsten vom Turm geblasen haben gegen
die deutsche Gefahr.

Wells geht aus von der Theorie des bekannten Russen
Bloch über die Gestaltung der Zukunft. Dieser hat zu be-
weisen gesucht, daß bei stetig steigender Lebenskraft
zweier sich gegenüberstehender gleichwertiger Gegner im
modernen Stellungskriege schließlich ein toter Punkt sich
ergeben müsse, wo keiner der beiden Gegner mehr vorankommen
könne; dieser Punkt sei eigentlich schon erreicht, es sei daraus
zu schließen, daß aus diesem Grunde der Krieg eigentlich
keine Rolle als Krieg schon ausgespielt habe. Wie Wells sich
mit dieser Theorie Blochs auseinandersetzt, braucht uns hier
nicht zu beschäftigen. Im allgemeinen stimmt er ihr aber
zu. Er führt dann zum Schluß aus, daß es nun darauf
ankomme, welcher Teil den jetzt geführten Abnutzungskrieg
am längsten aushalten könne; der Volkseinsatz könne zwar
als ungewöhnlich tragisches Ereignis betrachtet werden; auf
den schließlich den Ausgang des Krieges abgeben würde er
nicht den geringsten Einfluß ausüben.

Wells fährt dann fort: Wenn man sich ohne Berücksichti-
gung der Lebenskraftausplünderung nur mit dem Hauptkriege
— wobei er natürlich an den Krieg an unserer Westfront
denkt — beschäftigt, so ergebe sich als wichtigstes Ergebnis
des Krieges,

„daß sich sowohl die Mittelmächte, als ihre verbündeten Freunde
in einer Zwangslage befinden, nämlich in der Unmöglichkeit, eine
Entscheidung herbeizuführen. Sie verlieren von Tag zu Tag, von
Stunde zu Stunde Leute, zerstören Material, vergeuden Kredit
und nähern sich so etwas nach nie Dagewesenen, einem unbekannten
Etwas, welches wir uns durch das Wort „Erschöpfung“ vor-
stellen können. ... Wenn die Erschöpfung ziemlich gegenseitig
ist, so ist sie nicht notwendig an einen bestimmten Zeitpunkt ge-
knüpft, und ihre Entwicklung kann lange dauern. Sie kann mög-
licherweise auf beiden Seiten nur eine allmähliche, gleichmäßige
Ebne der Kraft, auf beiden Seiten ungemessene Entbehrungen,
eine allgemeine soziale und wirtschaftliche Zerrüttung und Ab-
wärtsbewegung bedeuten. Eine große Abkühlung von Men-
schenmaterial ist bei diesem Zerdegang unausbleiblich. Die Leber-
lebenden werden zum großen Teil unter einem schärferen Druck
stehen, und diese Tatsache kämpft gegen die Annahme, daß das
Ende plötzlich, durch eine rasche, entscheidend umwälzende Aktion
herbeigeführt werden könne. Die „Erschöpfung“ wird wahrschein-
lich eine lange und gräßliche Prozedur sein, welche sich über Jahre
erstrecken kann. Ein „Aufreißungskrieg“ kann bis zum Jahre
1918 oder 1919 dauern und uns Anspannungen und Entbehrungen
auferlegen, welche wir jetzt nur in nebelhafter Art vor Augen
haben.“

Nachdem Wells so den Abnutzungskrieg in seinen Folgen
für beide Teile ausgemalt hat, untersucht er wieder die
Frage, bei welcher der streitenden Parteien der Erschöpfungs-
prozeß sich wahrscheinlich am schnellsten vollziehen würde.
Selbstverständlich — wie könnte es anders sein! — beant-
wortet er diese Frage dahin, daß die Chancen im ganzen
schwer gegen die Mittelmächte liegen. ... Er fährt dann
fort:

„Gegenwärtig fühlt, soweit eine Beurteilung möglich ist, Deutsch-
land den Druck des Krieges sogar viel mehr als Frankreich, welches
gewöhnlichmäßig starkem ist und aus Instinkt wie Klugheit haus-
halterisch wirtschaftet, und wie Rußland, welches hart und gefählos
ist. Großbritanien hat tatsächlich nur begonnen, den Druck zu
fühlen. Es hat wahrscheinlich wirtschaftlich nicht mehr gelitten,
als Holland oder die Schweiz; Italien und Japan haben gewiß
weniger gelitten. ... Die deutsche Gruppe wird also, wie ich an-
nehme, zuerst erschöpft sein.“

Aber auch für England ist die Aussicht auf eine Er-
schöpfung, wie Deutschland sie ihm beibringt, nicht verlockend.
Wells fährt dann fort, indem er „Gerölde des Friedens“
zu enttönen sucht. Es sind ihm Argumente, mit welchen
alsdann die Deutschen ihre Niederlage als weniger drückend
sich vorzutäuschen suchen. Wenn solche und ähnliche
Eröffnungen in der deutschen Presse populär zu werden an-
fängen, dann können wir Mitglieder der geschworenen Allianz
über Frieden zu reden anfangen; denn diese werden die not-
wendigen Gerölde des Friedens sein.“

Der interessanteste Teil der Ausführungen Wells ist der
Schluß, welcher überschrieben ist: „Wenn Friedensreden sich
hörbarm machen.“ Er lautet im wesentlichen:

„Die weiteren Bedingungen eines möglichen Friedens werden
sich nun gegen das Ende des Jahres 1916 hörbar machen, und eine
gewisse Mäßigkeit wird die Operationen im Felde beschleichen. ...

Der Ermattungsprozeß wird wahrscheinlich zu dieser Zeit ein der-
artiges Maß erreicht haben, daß er dem späteren Bewußtsein der
gewöhnlichen Bürger aller kriegführenden Länder als Haupttatfache
eingepreßt sein wird. Das gewöhnliche Leben in ganz Europa wird
elend geworden sein. Entscheidende Schlüsse werden dem Gesichts-
kreis der streitenden Mächte entzogen sein. Der Krieg wird
keine vierte und letzte Phase als Krieg erreicht haben. Der große
Angriffskrieg wird einem Kriege militärischer Zwangsstellungen ge-
wichen sein. ... Und nun wird sich die letzte Phase entwickeln, bei
welcher eine jede nationale Gruppe sich vorwiegend nicht mehr mit
Siegen oder Eroberungen beschäftigen wird, sondern damit, sich selbst
die besten Möglichkeiten einer künftigen wirtschaftlichen Wiederher-
stellung und sozialen Durchschiebung zu sichern. Handelsverträge,
Einrichtungen für zukünftiges gemeinsames Vorgehen, welche von
den großen Verbündeten unter sich selbst geregelt werden sollen, wer-
den ihnen immer wichtiger erscheinen und die bloßen Fragen der
Grenzen immer weniger wichtig. ... Sehr entkräftete und blut-
leere Nationen werden an der Tafel sitzen, auf welcher die neue
Karte Europas entworfen werden wird. ... Ein jeder der Diplo-
maten wird mit einer gewissen Befangenheit sich dieser Arbeit
nähern. Ein jeder wird an sein Land denken, wie man an einen
ungebüglichen und leicht gereizten Kranken denkt, welcher aus der
Verdäunung einer entscheidenden, jedoch schlecht ausgedachten und un-
vollständigen Operation erwacht ist. ... Ein jeder wird an die Arbeiter
denken, welche verarmt und zerfahren zu ihren zertrümmerten oder
nationalisierten Fabriken zurückkehren, deren Kapital in den Krieg
gezogen ist, um vielleicht niemals zurückzukehren.“

Das wesentliche dieser Ausführungen ist, daß der Eng-
länder Wells sie völlig paritätisch für beide Teile gelten läßt,
ohne noch irgend welche Voraussetzung für England her-
anzurechnen: Deutschland wird völlig erschöpft sein — aber
England nicht minder! Das ist des Bundes Kern.

Was Wells wirklich will, ist demnach ganz klar: Er will
seinen Vandalen den Gedanken nahe legen, ob es für sie
noch Vorteil bietet, den Krieg weiter fortzuführen, wenn
schließlich beide Teile nichts anderes mehr erreichen können
als daß eben beide Teile sich weiter erschöpfen, und eine Fort-
setzung des Krieges nur eine gleichmäßige Vermehrung der
Erschöpfung beider Teile verspricht, ohne die Hoffnung, das
Verhältnis der Erschöpfung zugunsten Englands noch zu
verbessern.

Das ist ein sehr nüchterner und realpolitischer Gedanke
und wenn ein Mann wie Wells es wagen kann, ihn, wenn
auch in sehr vorsichtiger Form, so doch klar und verständlich
vortzutragen, so darf man wohl annehmen, daß der Boden
für diesen Gedanken in England bereits weiter vorbereitet
ist, als man aus den einzelnen bei uns bekannt gewordenen
Tatsachen zu schließen wagen würde. Er ist schließlich nichts
wie eine Folgerung aus der allerersten Auffassung Eng-
lands, daß der Krieg ein Geschäft ist: wirkt das Geschäft
keinen Nutzen mehr ab, so muß man es möglichst bald ab-
zwickeln suchen; je eher, desto besser.

Nur eines hindert noch eine rasche Abwicklung: die ganz
halklose Annahme, daß die völlige Erschöpfung bei Deutsch-
land eher eintreten würde, wie bei England. Die Unhaltbar-
keit dieser Annahme liegt heute schon so klar zutage, daß sie
sich bald auch englischen Rechnern aufdrängen wird.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Großes Hauptquartier, 8. Febr. (W. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich der S o m m e herrichte lebhafteste Kampfaktivität.
In der Nacht vom 6. zum 7. Februar war ein kleines Graben-
stück unserer neuen Stellung verloren gegangen. Ein gestern
mittag durch starkes Feuer vorbereiteter französischer Angriff
wurde abgewiesen; am Abend brachte uns ein Gegenangriff
wieder in den vollen Besitz unserer Stellung.

Ein deutsches Flugzeuggeschwader griff
die Bahnanlagen von Poperinghe und englische
Truppenlager zwischen Poperinghe und Dixmuiden
an. Es führte nach mehreren Kämpfen mit den zur Abwehr
aufgestellten Gegner ohne Verluste zurück.

Ostlicher und Balkankriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von Bedeutung.

Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 8. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Amtlich
wird verlautbart: 8. Februar 1916.

Russischer Kriegsschauplatz.

Durch helleres Wetter begünstigt, herrichte gestern an der
ganzen Nordostfront lebhaftere Gesüh-
tätigkeit vor.

Nordwestlich von Tarnopol griffen die Russen
in der Nacht von gestern auf heute einen unserer vorgeschobe-
nen Infanterie-Stützpunkte wiederholt an. Es gelang ihnen,
vorübergehend einzudringen, jedoch wurden sie nach kurzer
Zeit wieder hinausgeworfen.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Die Spannung zwischen Deutschland und Amerika.

Daß die Spannung zwischen beiden Ländern nachläßt,
bezeugt jetzt auch das englische Hauptblatt der Kriegshefer,
wie nachstehende Meldung beweist:

London, 8. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Die „Times“
meldet aus Newyork, man könne noch nicht sagen, ob der
Optimismus der amerikanischen Presse über die bevorstehende
Lösung der „Lusitania“-Frage berechtigt sei. Selbst der
Präsident habe noch keine endgültige Entscheidung getroffen.
Man könne aber darauf rechnen, daß selbst, wenn
Wilson sich außerstande sehen sollte, die
deutschen Zugeständnisse anzunehmen,
keine Weigerung in solcher Form geschehen würde, daß eine
Möglichkeit für weitere Verhandlungen
offen bleibe.

Da man in der Öffentlichkeit noch nicht einmal weiß,
welches die amerikanischen Forderungen waren, ist es natür-
lich sehr schwer, zu beurteilen, welches die deutschen Zug-
eständnisse sein konnten und ob sie zweckmäßig waren. Offen-
bar hat aber die deutsche Regierung das Bestreben, im Frie-
den mit Amerika zu bleiben, während die Aufregung zum
Krieg bei Amerika fortgesetzt auch in diesem Falle von Eng-
land ausgeht.

Amerikanische Handelsprokte.

London, 8. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Der „Times“ wird
aus Washington telegraphiert: Das Handelsdepartement hat eine
Statistik über die Ausfuhr der Vereinigten Staaten in den ersten
11 Monaten des Jahres 1915 zusammengestellt, die dem-
nächst erscheinen wird. Daraus geht hervor, daß der amerikanische
Ausfuhrhandel vom Kriege sehr profitierte. Der Wert der ganzen
Ausfuhr in den ersten 11 Monaten des Jahres 1914 betrug
237 598 298 Pfund Sterling gegen 637 837 450 Pfund Sterling in
den ersten 11 Monaten des Jahres 1915. Der größte Teil dieser
Zunahme ist auf den lebhaften Handel mit den Entente-mächten
zurückzuführen. Die Ausfuhr für 1914 betrug nach
England 98 548 954 hzw. 196 783 323, nach Frankreich 26 503 683
hzw. 90 347 096, nach Italien 14 353 192 hzw. 49 671 358, nach
dem europäischen Rußland 4 826 127 hzw. 20 325 346 Pfund Ster-
ling. Die Ausfuhr nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist
auf minimale Beträge herabgegangen. Die Ausfuhr nach neutralen
Ländern stieg seit 1913 wie folgt: nach Dänemark um ungefähr 10
Millionen, nach Holland um rund 4 Millionen, nach Norwegen
um fast 7 Millionen, nach Schweden um über 13 Millionen und
nach der Schweiz um 800 000 Pfund Sterling.

Vom Balkan.

Der Vormarsch der österreichisch-ungarischen Truppen in
Albanien macht langsame Fortschritte. Die Blätter heben her-
vor, daß die Geländeschwierigkeiten in dem an Hilfsquellen
armen Lande kein rasches Vortragen der Offensive gestatten.
Die aus unkontrollierbarer Quelle, angeblich aus Athen ein-
getroffene Meldung, daß die österreichisch-ungarischen und die
bulgarischen Streitkräfte in Albanien die Verbindung mitein-
ander hergestellt hätten, muß vorläufig als unbefähigt ange-
sehen werden.

„Idea Nazionale“ berichtet aus Durazzo, daß alle Stämme
der Malsuren in Dufajni sich offen für Oesterreich-Ungarn
erklärt haben. Die gut bewaffneten Stämme bilden die
Avantgarde der gegen Italien ziehenden A. und U. Truppen
in Albanien. Größere Teile der A. und U. Armee, begleitet
von starken Kontingenten der Malsuren, besetzen Kroja und
rücken längs des Rimi-Flusses bis zum Meere vor, wo sie be-
reits mit den Truppen Ethio-Paschas in Verbindung kamen.
Durazzo wird von den Verbündeten in Verteidigungszustand
gesetzt.

Das Pariser „Petit Journal“ meldet aus Athen, daß
die griechische Regierung die Debatte über die Interpellatio-
nen wegen der auswärtigen Politik nicht annehmen wird.
Skuldis benachrichtigte das Parlament, daß alle Kammer-
berichte der Zensur unterzogen werden.

Türkenkämpfe.

Konstantinopel, 8. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Das Hauptquartier teilt mit: Von der Front ist nichts Besonderes zu berichten. An der Kaukasusfront erneuerte der Feind am 6. Februar wiederum seine Angriffe in verschiedenen Abschnitten gegen unsere Stellungen und vorgeschobenen Posten, erzielte aber keinerlei Erfolg. Im Zentrum unternahm unsere vorgeschobenen Abteilungen einen Gegenangriff, töteten mehr als 300 Russen und nahmen etwa 40, darunter zwei Offiziere, gefangen. An der Dardanellenfront beschloß am 7. Februar ein feindlicher Torpedobootzerstörer Tefke Burun; er wurde durch das Gegenfeuer unserer Batterien verjagt.

Finanznot und Duma.

Die Einberufung der Duma und des Reichsrats auf den 22. Februar löst keineswegs die politische Krise Rußlands, aber vielmehr wird sie dadurch auf den Gipfel getrieben und die Entscheidung erzwungen. Rußland bedarf notwendig riesiger Finanzmittel, deren Beschaffung im Innern nur teilweise gelingen kann. Eine Auslandsanleihe ist nötig. England hat sehr bedeutende Vorstöße gewährt, die freilich zum großen Teil nicht ausbezahlt, sondern als Ausgleich für Kriegslieferungen in London behalten wurden. Japan verfuhr ähnlich. Bei der Entente ist schließlich auch kein Geld mehr locker zu machen, sie borgt ja selbst in Amerika. Dort einen großen Borg aufzumachen, ließ sich Rußland angelegen sein, aber Amerika verlangt Sicherheiten. Eine Zeitlang wurde von der Verdrängung oder Ueberlassung sibirischer Goldfelder an ein amerikanisches Finanzkonsortium gesprochen, schließlich aber sollte eine Eisenbahnleihe herauskommen. Das heißt, die amerikanischen Finanzleute sind bereit, die Anleihe herzugeben, aber russische Eisenbahnen oder deren Einnahmen sollen dafür verpfändet werden. Sorensen wäre auch dazu bereit gewesen, den amerikanischen Finanzleuten hat jedoch nicht genügt, daß die Regierung zustimmt, sondern sie verlangen die Aushaltung der formalen Verfassungsbestimmungen, also die Zustimmung der Duma. Nach seiner bisherigen Haltung war es Sorensen unmöglich, die Bedingung zu erfüllen; weil jedoch Geld unter allen Umständen beschafft werden muß, machte er einem Nachfolger Platz, der politisch denselben Strang zieht und sich gegen die Duma noch nicht völlig festgelegt hat. Das ist Stürmer; er beruft die Duma in der Hoffnung, ihr noch die Zustimmung zu der Anleihe abdrücken und sie dann heimzudenken zu können. Freilich ist der Plan zu fein angelegt; aus der Vergangenheit ist die Duma gewarnt; sie hätte im Vorjahr in der Hand gehabt, die Regierung zum Nachgeben in Fragen der inneren Politik zu zwingen, verwarf sich jedoch durch eilfertige Bewilligung selbst den Erfolg. Das vergleichen sich wiederholt, ist doch kaum anzunehmen. Und also darf man erwarten, daß die Dumaanfrage mit heftigen Kämpfen wegen der inneren Politik beginnen wird.

Chwostow wird gefressen.

Wie wenig existiert die russische liberale Presse den allerdings im „Flusen“ noch reichlich angewandten Minister des Innern, Chwostow, nimmt, geht aus nachstehendem, dem „Dien“ vom 24. Januar entnommenen, sehr schätzenswerten kurzen Bericht über den letzten Empfang der Pressevertreter bei dem Minister des Innern hervor: In der heutigen Nummer finden die Leser wieder einmal eine Unterredung mit N. N. Chwostow. Von Zeit zu Zeit füttert uns der rechtselge Minister mit einer Portion Aphorismen, die seine Klare, ruhige, durch nichts getriebene Lebensanschauung beweisen sollen. Der Minister fuhr in die Kreisstädte in vollständiger Isolation, und nichtabsichtlich ging dort alles geradezu gut und herrlich, als ob die Reise speziell mit der Absicht ausgeführt worden wäre, Berichte über die Wohlfahrt zusammenzustellen. Überall atmet es von Frische und Gesundheit. „Man fühlt den gesunden Herzschlag.“ „Man muß öfter“, sagt der Minister, „in die Provinz reisen, um sich aufzufrischen und sich ein solides Fundament für Aussprachen mit den Störern zu holen, die sich abstrahlen und für unser gesundes und frisches Rußland unverständlichen Stimmungen hingeben.“

So schafft man sich ein „gesundes Fundament“. Man braucht nur das eine oder das andere Mal ins Dorf zu fahren, sich die Bauern anzusehen, wie sie Galopeter essen, und schon ist das „Fundament“ für Aussprachen mit den Störern fertig, die bekanntlich alles andere essen, nur nicht Galopeter.

Die Bevölkerung zerfällt in zwei Teile: gute, treuherzige Bauern, frisch und gesund, und Städter, die immer unzufrieden sind, verärgert und niedergeschlagen. Dementsprechend wird den Städ-

tern ihr wenig postendes Betragen vorgehalten, und den Bauern wird ein Lobpruch gewidmet für ihre Erfolge „in Sachen“ der Munition, der Gesundheit und des Konsums von Süßigkeiten.

Als Fazit ergibt sich folgendes Bild: In einer Epoche der furchtbaren Anspannung der Volkskräfte, nach Verlauf von 18 Monaten des verzweifeltsten Widerstandes, das die allerwichtigsten Funktionen des volkswirtschaftlichen Organismus in Unordnung gebracht hat, sind 75 Prozent der Bevölkerung zu Wohlstand gelangt, frischen Mut, gesund, lebensfroh, zuhergekommen, reichlich konsumierend, und zwar speziell Süßigkeiten erster Qualitäten.

Wenn man diese Schlachtfolgerung zum Fundament für eine Aussprache mit dem Land nehmen will, so kann man sich vorstellen, wie diese Aussprache selbst ausfallen könnte. „Trinkt Tee und spricht nicht über Politik!“ Das ist der Sinn der alltäglichen Aphorismen des gut gelaunten Ministers.

Polivanows Trost.

Paris, 8. Febr. Der russische Kriegsminister Polivanow erklärte einem Vertreter des „Journal“, die Anapheie an Munition, welche Ende 1914 sich bemerkbar machte, im Dezember bereits einen beunruhigenden Grad erreicht hatte, sei gerade vor einem Jahre auf ihren Höhepunkt gelangt und im Mai und Juni 1915 verhängnisvoll gewesen. Durch den Mangel an Geschossen wurde die russische Armee unbedingt zum Rückzuge gezwungen, während sie wegen ihrer Tapferkeit und Kampfesweise den Sieg verdient hätte. Dadurch gelähmt, sagte der Minister, mußten wir dem Gegner allerdings Gelände, aber nicht den Sieg überlassen. Durch unseren langsamen Rückzug gewannen wir Zeit, uns auf neue, entscheidende Kämpfe vorzubereiten. Jetzt, erklärte der Minister ganz bestimmt, besitze die Munitionskrise nur noch in der Erinnerung. Vom September 1915 an hätten die Vermittlungen um ihre Behebung Erfolge gezeigt. Die russischen Batterien, mit denen der Gegner zu rechnen nicht mehr gewöhnt gewesen sei, hätten sich ihm wieder fühlbar gemacht. Dazu hätten ungeheure Anstrengungen und strenge Maßregeln gehört. Beinahe alles wäre neu zu schaffen gewesen, da Rußland bis dahin an große Bezüge vom Auslande, besonders aus Deutschland gewöhnt gewesen sei. Das Ziel sei erreicht, aber das bedeute eine völlige Ummwälzung und Umformung der ganzen industriellen Tätigkeit, ja beinahe der Lebensgewohnheiten in Rußland. Der Minister zeigte Tabellen für die fabelhafte Entwicklung der für die Landesverteidigung arbeitenden industriellen Anlagen und erklärte, mit dieser Produktion des Landes und mit Hilfe des großen Marktes im Auslande könne man hinsichtlich der Munition vertrauensvoll in die Zukunft blicken. Die größten Lücken seien ausgefüllt. Die Stimmung der Truppen sei vorzüglich, und dank des vor einigen Monaten angeordneten Massenaufgebotes und der Verdoppelung der Rekrutendevots habe jetzt Rußland dauernd einen Bestand von 1½ Millionen junger Rekruten, aus welchen man die Truppenteile auffüllen könne, ohne auf ungenügend ausgebildete Mannschaften zurückgreifen zu müssen. Diese wichtige Hauptfrage, die Truppenteile vollständig zu erhalten, sei somit gesichert. Kurz, mit der Verlängerung des Krieges seien die Kräfte der Alliierten gewachsen.

Ums freie Weltmeer.

London, 9. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Der britische Dampfer „Argo“ ist gesunken.

Berlin, 8. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) In der Nacht vom 1. zum 2. Februar wurde das Motorschiff „Artemis“ der Niederländisch-Indischen Tank-Dampfergesellschaft von einem deutschen Torpedoboot angegriffen und durch einen Torpedoschlag beschädigt. Dem Schiff war es möglich, in havariertem Zustande einen Hafen zu erreichen. Nach den bisher über den Fall vorliegenden Nachrichten glaubte der Kommandant des deutschen Torpedobootes, daß die „Artemis“ dem Befehl, ihm zur Untersuchung zu folgen, Widerstand entgegensetzte. Um diesen zu brechen, griff er die „Artemis“ an. Die Untersuchung über diesen Fall, in dem bedauerlicherweise ein neutrales Schiff durch den Krieg beschädigt wurde, ist noch nicht abgeschlossen.

Ein entarteter Gehprieister.

Amsterdam, 8. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Der englische Priester Bernard Vaughan hielt im Mansion House zu London eine Rede, deren Resümee war: „Ruhrt fort, Deutsche zu töten!“ In einem Interview im „Daily Telegraph“ bekennt er sich offen zu dieser Aeußerung. Sie sagen, ich vertrete eine schreckliche, grau-

sige Lehre. Ich tue dies in der Tat, wünsche aber, es könnte anders sein. Als einfacher, aufrichtiger Christ muß ich wiederholen: „Ruhrt nur fort, die Deutschen zu töten, bevor sie uns alle getötet haben.“

Offenbar will der entartete Priester den englischen Fischern ein Loblied singen, die die Zepelinmannschaft im Schiffsbruch umkommen ließen.

Die Finanzen Deutschlands und Englands.

Berlin, 8. Febr. Sir Edward Golden hat kürzlich in der Generalversammlung der London City and Midland Bank an Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich zehn Fragen gerichtet, von denen die englische Presse ein großes Wesen macht. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ entgegnet mit Antworten und Gegenfragen.

Auf die Frage, ob die bei Beginn des Krieges vorhandenen Auslandsguthaben Deutschlands nicht nahezu erschöpft seien, verweist die „Norddeutsche“ auf die Milliarden deutscher Guthaben, die in England widerrechtlich unter Zwangsverwaltung gestellt worden sind; sie stellt ferner die Gegenfrage, wie es mit den englischen Auslandsguthaben aussieht, angesichts der Tatsache, daß nur die von Golden selbst in Amerika abgeschlossene Anleihe den Sterlingkurs vor völligem Zusammenbruch einweilen bewahrt habe. Auf die Frage nach dem Nachlassen der deutschen Exporte verweist die „Norddeutsche“ auf die trotz offener See erfolgte Verfrachtung der englischen Ausfuhr auf etwa die Hälfte ihres normalen Umfangs und die enorme Steigerung der Einfuhr, sowie schließlich auf die Sicherung des Baffalvaldes der englischen Handelsbilanz (einschließlich Regierungsgütern) von etwa 150 auf mehr als 500 Millionen Pfund Sterling. Die weitere Frage, ob Deutschland seinen Bestand an Auslandswerten nicht bereits völlig erschöpft habe, beantwortet die „Norddeutsche“ mit dem Hinweis darauf, daß die englische Posttraberei auf neutralen Schiffen, bei der es namentlich auf die aus Deutschland verforderten Wertpapiere abgesehen ist, den Beweis für das Gegenteil erbracht haben dürfte; sie erinnert ferner Golden an die Tatsache, daß England unter Mitwirkung der Regierung sich des besten Teils seiner Auslandswerte, nämlich der amerikanischen, systematisch zu entäußern gezwungen sei. Ferner weist die „Norddeutsche“ Edward Golden nach, daß er ohne jede tatsächliche Unterlage einer Anzahl von deutschen Bankinstituten, wie Kriegskreditbanken, Hypothekendarlehen, Versicherungsgesellschaften, die Ausgabe von Noten zuschreibt, während solche Noten in Wirklichkeit niemals existiert haben. Wenn Sir Edward eine kategorische Antwort auf die Frage verlangt, ob der in den Reichsbankausweisen nachgewiesene Goldschatz auch tatsächlich in die Reichsbank und nicht etwa zum Teil in einem Institut außerhalb Deutschlands liege, so wird ihm diese kategorische Antwort zu teil: „Die Reichsbank weist keine Unze Gold aus, die nicht in ihren eigenen Tresors liegt.“ Dagegen muß Sir Edward die Frage hinnehmen, ob ihm nicht bekannt ist, daß seit Kriegsbeginn die Bank von England gewisse Goldbestände, die in überseeischen Plätzen liegen, z. B. in Ottawa, ihrem Goldbestand zurechnet.

Die Frage Golden nach der kommenden Steuerlast beantwortet die „Norddeutsche“ mit der Feststellung, daß die täglichen Kriegskosten in England 2 Schilling, in Deutschland 1 Schilling pro Kopf der Bevölkerung betragen. Die „Norddeutsche“ schließt mit dem Hinweis darauf, daß nach Golden's eigenem Zeugnis die Stellung Englands als finanzielles Weltzentrum auf seiner Fähigkeit, unbefristet Geld an die übrigen Länder auszuliehen, beruhe, während jetzt England in Amerika borgen muß und während — gleichfalls nach Golden's Zeugnis — England künftighin den Abfluß von Kapital nach dem Ausland wird verhindern, oder wenigstens erschweren müssen, um seinen eigenen Geldbedarf zu decken. Der Reichsschatzsekretär schließt mit dem Satz: „Wir Deutschen können es ertragen, ärmer zu werden, wir bleiben doch, was wir sind. Ein verarmtes England aber heißt finis Britannia“ (das Ende Britanniens).

Zudemangel in England.

London, 8. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureau. Die Zudenkommission teilt mit, daß

Seuilleton.

Wandlungen der Bevölkerungspolitik.

Vorher Antrittsvorlesung von Privatdozent Dr. M. Saitow (15. Jan.).

Je nach dem Geist und den Erfordernissen der Zeit macht sich in der Bevölkerungspolitik ein Streben entweder nach Begünstigung oder Hemmung der Volksvermehrung bemerkbar. In der Hauptsache sind es zwei Prinzipien, die sich hierbei geltend machen: das ökonomisch-soziale und das politisch-nationale. Während das letztere begreiflicherweise stets eine größtmögliche Bevölkerungszahl postulierte, schlug die ökonomisch-soziale Komponente der Bevölkerungspolitik unter dem Einfluß der jeweiligen herrschenden ökonomischen Theorien verschiedene Richtungen ein. Die Theoretiker der einen Zeit sahen in der Bevölkerungszunahme den wirksamsten Faktor des Volkswohlstandes, die Volkswirte anderer Zeiten erblickten im raschen Volkswachstum die Hauptursache der ökonomischen Disharmonie. Während die jüngste Vergangenheit im Zeichen eines sozusagen neutralen laissez faire, laissez passer stand, hielt die ihr vorhergehende Periode vom Anfang bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts eine Beschränkung der Vermehrung für geboten, ihrerseits wieder ein fast zweihundert-jähriges Zeitalter der Zunahmegünstigung ablosend. Es schließt sich mithin in unsern Tagen der Kreislauf der Bevölkerungspolitik, nachdem sie alle Phasen der Begünstigung, der Hemmung, des Miteinmischens und von neuem der Begünstigung der Bevölkerungszunahme durchlaufen hat. Jenes zweihundertjährige, die Volkszunahme begünstigende — meist als das des Merkantilismus bezeichnete — Zeitalter unterschied sich aber von der jetzt beginnenden in ihren Zielen gleichgerichteten Zeit vor allem dadurch, daß es die Bevölkerungszunahme nicht nur aus politisch-nationalen, sondern in erster Linie auch aus rein ökonomischen Rücksichten begünstigte.

Für die Förderung des an der Menge des Geldes damals gemessenen Reichums eines Staates sah man das wertvollste Mittel in der größtmöglichen Steigerung der Ausfuhr hochwertiger gewerblicher Fabrikate bei weitgehender Ein-

schränkung der Einfuhr. Die hierzu notwendige große inländische Produktion war aber wiederum an eine möglichst große Zahl der arbeitenden Bevölkerung gebunden; es schien also eine große und sich rasch vermehrende Bevölkerungszahl als die Hauptbedingung der als höchstes Ziel geltenden Bereicherung des Staates im Merkantilismus.

Neben der wirtschaftlichen Seite wurde aber auch die politisch-nationale Bedeutung nicht übersehen. Verheerende Kriege, unheilvolle Seuchen, wirtschaftliche Stagnation, religiöse Verfolgungen hatten blühende Landstriche in Wüsten verwandelt. So zwangen auch die politischen Mächteverhältnisse, das an militärische Kräfte gebundene Streben nach politischem Uebergewicht, vom politisch-nationalen Gesichtspunkt aus, zur Begünstigung einer intensiven Volksvermehrung. Überall begegnete sich Oekonomisten und Politiker in dem gleichen Streben und predigten in fast gleichlautenden Wendungen die Notwendigkeit der starken Volksvermehrung. Erwägungen — wie Luther's alle materiellen Besorgnisse als Mangel an Gottvertrauen zurückweisende Auffassung: „Gott macht Kinder, der wird sie auch wohl ernähren“ — kommen diesem Streben zur Hebung der Volkszahl fördernd entgegen. Die zur Erreichung des Zwecks vorgeschlagenen Mittel bestanden in Steuerbefreiung und andern Privilegien für Kinderreiche, Strafen und Rechtsbeschränkungen für Unverheiratete und Kinderlose, Unterstützung staatlicher Wittgen an mittellose Mädchen oder andererseits Verbot der Wittgen überhaupt, um die Heiratschancen der Armen zu erhöhen. Findelhäuser und Entbindungsanstalten für gefallene Mädchen wurden in Vorschlag gebracht, ja man dachte sogar daran, diesen letztern „für das Geschenk, das sie dem Staat gemacht haben“, Geldprämien zu gewähren. Daneben sollte die Einwanderung forciert, die Auswanderung aber verboten werden. Noch drastischere Vorschläge proponierten einen Ehezwang für Mönche, ja vereinzelte Stimmen dachten sogar an eine Aufhebung der Monogamie.

Auch die tatsächliche Bevölkerungspolitik des merkantilistischen Zeitalters begünstigte die Bevölkerungszunahme in hohem Maße: So wurden schon unter Franz I. und später durch Colbert fremde Künstler und Handwerker nach Frankreich berufen, bis die Aufhebung des Edikts von Nantes eine halbe Million protestantischer Kunsthandwerker und Arbeiter wieder aus dem Lande vertrieb. Auch Spanien

trieb eine rege Einwanderungspolitik. Bekannt ist die Begünstigung der Einwanderung, speziell der französischen Reformierten, durch den Großen Kurfürsten, die von König Friedrich dem Großen gewährten Einwanderungsbefreiungen, denen auf der andern Seite bedeutende Erleichterungen und Verbote der Auswanderung, zum Teil unter Androhung der Todesstrafe, gegenüberstanden.

Weit charakteristischer als diese indirekten sind die direkten bevölkerungspolitischen Maßnahmen des merkantilistischen Zeitalters. Ein spanisches Edikt von 1623 gewährte den Heiratsenden bedeutende Steuerprivilegien und den Eltern von mindestens sechs Söhnen Steuerfreiheit; auch ein französisches Edikt von 1660 räumte frühverheiratenden gewisse Steuerbefreiungen ein, die absolute Befreiung von Steuern aber erst bei zehn und zwölf lebenden Kindern, von denen keines Priester, Mönch oder Nonne sein durfte. Zudem wurden in solchen Fällen Prämien von 1000 bis 2000 Livres jährlich gewährt, die indeß bald mit Rücksicht auf die Staatsfinanzen wieder in Fortfall kamen. Auch in deutschen Territorien finden sich — obwohl man hier nie soweit ging — ähnliche Bestimmungen. Einen Vorläufer hat übrigens diese Bevölkerungspolitik des 17. und 18. Jahrhunderts in der ähnliche Ziele verfolgenden lex Julia et Papia Poppaea der römischen Kaiserzeit.

Die wohl weniger infolge der angedeuteten Maßnahmen als infolge der allgemeinen Besserung der politischen und wirtschaftlichen Lage im 17. und 18. Jahrhundert einsetzende Vermehrung der Bevölkerung und vor allem die im Gefolge der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hereinbrechenden technisch-wirtschaftlichen Revolution sich herausbildenden sozialen Probleme führten mit dem Ausgang des Merkantilismus zu einer absoluten Wendung der bevölkerungspolitischen Anschauungen, die ihren Ausdruck in der Lehre des englischen Geistlichen und Nationalökonom Thomas Robert Malthus fand. Malthus sah die Ursachen des trostlosen Zustandes der Massen in dem „natürlichen“ Gegensatz zwischen dem raschen Bevölkerungswachstum und der langsamen Nahrungsmittelzunahme. Die vom Elend Betroffenen hätten sich ihre trostlose Lage selbst geschaffen, weil sie sich eben zu rasch vermehrten.“ Er erblickte die Rettung

infolge großen Mangels an Schiffsraum die Zudrängung während der nächsten Monate eingeschränkt werde.

Englands Schiffsverkehrsverluste.

Der Londoner „Economist“ vom 29. Januar teilt mit, daß nach dem Bericht der Liverpool Underwriters Association der Wert der im Jahre 1915 verloren gegangenen britischen Dampfer 29 854 578 Pfund betrug, wovon nicht weniger als 21 000 000 Pfund auf Kriegshandlungen zurückzuführen waren. Im Vergleich mit den beiden letzten Jahren stellen sich die Verluste folgendermaßen:

Verloren gegangene Dampfer:

	Schiffsverkehrsverluste	Kriegsverluste	Insgesamt
1913	6 221 000	—	6 221 000
1914	6 444 784	7 186 070	13 630 854
1915	9 049 097	20 805 481	29 854 578

Der Gesamtverlust des Dampferschiffsverkehrs ist also 1915 um etwa 23 000 000 Pfund größer gewesen als 1913. Durch den Bau neuer Schiffe kann dieser Verlust nicht gutgemacht werden. Nach den Angaben von Lloyd betrug die Tonnagezahl der auf den britischen Werften 1915 fertiggestellten Dampfer 648 629 Tonnen, für die ungefähr ein Wert von 12 000 000 Pfund angenommen werden kann. Infolgedessen gibt es einen weiteren Abgrund zwischen dem Werte der verlorenen und dem Werte der neugebauten Dampfer. In normalen Zeiten würde der Verlust durch die Schiffsverluste gutgemacht werden — gegenwärtig ist dies jedoch unmöglich. Solange der Krieg dauert, ist keine Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden, daß England die Herstellung neuer Dampfer auf der Höhe der verloren gegangenen halten kann. An sich ist dies nach der Meinung des „Economist“ nicht besonders bedenklich. Da jedoch die Regierung den dritten Teil des britischen Schiffsraumes mit Verlust belegt hat, so ist der Verlust beunruhigend.

Arbeitskämpfe in Dänemark.

Kopenhagen, 9. Febr. (D. D. P.) Der Verband dänischer Arbeiter kündigt für den 16. Februar eine Arbeitseinstellung in fast sämtlichen Industrien an. Falls die gegenwärtig noch schwebenden wenig aussichtsreichen Verhandlungen zwischen der Arbeitgebervereinsung und den Arbeiterverbänden nicht noch im letzten Augenblick zu einer Einigung führen, treten am 16. Februar in Dänemark 80 000 Arbeiter in den Ausstand.

Die Aufstandsbewegung in China.

Die anfänglich in der Provinz Hunan ausgebrochene revolutionäre Bewegung gegen die Kaiser-Proklamierung Kuangschais gewinnt an Stärke und Ausbreitung. Die Aufstandsbewegung bemächtigt sich der benachbarten Provinzen Kiangsi, Kwangtung, Kwangsi (südlich des Flusses Yangtse-Kiang), sowie der am linken Ufer dieses Flusses liegenden Provinz Szechuan. Die Republikaner verfügen über ausgebildete Truppen, die denen der Regierung nicht nachstehen. Während Kuangschai nominell über etwa 300 000 Mann verfügt, haben die Aufständischen jetzt schon annähernd 100 000 Mann, deren Zahl wohl steigen wird. Within wird die Situation zu einem regelrechten Krieg zwischen den beiden Parteien führen. Die Territorialverhältnisse (der Schauplatz der künftigen Kämpfe ist Bergland), verbunden mit sonstigen Hindernissen, bringen es mit sich, daß die Operationen kaum schneller Verlauf nehmen werden. Es wird gemeldet, daß die Revolutionäre die Initiative ergreifen und sogar den Vormarsch gegen Norden begonnen haben.

Für die nächste Zeit ist in Singapur eine Konferenz der chinesischen Emigranten, Revolutionäre und Gegner des neuen Regimes einberufen worden. Dort soll ein Aktionsprogramm festgelegt und die Leitung der Bewegung gewählt werden. Charakteristisch ist, daß diese Konferenz in Singapur, also auf englischem Boden, tagen darf. Die Ententemächte verfolgen mit großer Sorge die Tätigkeit Kuangschais, denn nach all-

gemeiner Auffassung muß die neue Monarchie das chinesische Reich in absehbarer Zeit erstarken lassen. Die Ansicht, wonach Kuangschai mit Japan direkter Unterstützung und Einwirkung seinen Staatsstreich ausgeführt haben soll, findet keine Bestätigung. Sie beruht lediglich auf einer Mutmaßung, welche indessen durch die Tatsachen widerlegt wird. Natürlich muß Japan jede Gelegenheit ausnützen, um seine Vormacht in China zu sichern, auch die Gelegenheit, die sich aus dem Kuangschais ergeben hat. Seine direkten Interessen erscheinen aber die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes in China, nicht die Festigung und Erstarkung des chinesischen Reiches. Alle neuesten Handlungen Japans in der chinesischen Frage sind von diesen Rücksichten diktiert.

Krieg und Kleinwohnungswesen.

Die preussische Regierung sucht durch Verbesserung des städtischen Realcredits den hier stark gewachsenen Bedürfnis nach Baugeldern und Hypotheken entgegenzukommen, damit nach dem Friedensschluß gebaut und dem Bedürfnis nach kleinen Wohnungen, das in Großstädten zur Wohnungsknotbildung führen kann, genügt werden könne. Die beabsichtigte Hilfe ist jedoch unzulänglich.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat deshalb dem Abgeordnetenhaus eine Petition eingereicht, in der es heißt: In der Erkenntnis, daß es die höchste Zeit ist, nicht nur Vorkehrungen gegen die zu erwartende Wohnungsnot, sondern auch gegen die drohende Arbeitslosigkeit auf dem Bauplatze zu ergreifen, richtet die Generalkommission der Gewerkschaften, als Vertreterin von über 2½ Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen nunmehr die dringende Bitte an das Abgeordnetenhaus, auf neue bei der Regierung dahin vorstellend zu werden, daß sie 1. unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes einbringt, das Vorschriften über Baugelände, Baupolizei und Benutzung der Gebäude enthält, eine umfassende Wohnungsaufsicht vorschreibt, sowie die Förderung des Baues von Kleinwohnungen zu gemeinnützigen Zwecken vorzieht; 2. daß sie das Kleinwohnungswesen durch Vergabe von Darlehen zu möglichem Rinsatz an Gemeinden, Gemeindeverbände, Bauvereinigungen usw., sowie an private Arbeitgeber und Bauunternehmer fördert, die sich unter Einhaltung der Grundzüge der Gemeinnützigkeit zur Errichtung von Kleinwohnungen mit Hilfe dieser Darlehen verpflichten. — Durch diese Maßnahmen glauben wir ebenso zur Beseitigung des Mangels an kleinen Wohnungen und der mit der Wohnungsnot verbundenen sittlichen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahren, wie zur Steigerung des Baugewerbes beizutragen. Für notwendig halten wir ferner eine staatliche Unterstützung solcher Gemeinden, welche den Kriegsteilnehmern bezw. den betreffenden Hausbesitzern Mietbeiträge gewährt haben und weiter gewähren, sowie eine Staatsbeihilfe für die Abkürzung der während des Krieges gestundeten Rente bezw. Hypothekenzinsen der heimkehrenden bedürftigen oder schwach bemittelten Krieger, unter Mitwirkung der Gemeinde.

Kohlenproduktion Deutschlands und Oesterreichs 1915.

Deutschlands Kohlenproduktion umfachte im Jahre 1915 an Steinkohlen 146 712 350 Tonnen (im Vorjahre 161 535 224 Tonnen), an Braunkohlen 33 369 554 Tonnen (33 946 006 Tonnen), an Koks 26 358 430 Tonnen (27 324 713 Tonnen), an Brechkohlen aus Steinkohle 6 392 484 Tonnen (5 948 929 Tonnen), an Rohpreßspeisen 23 380 464 Tonnen (21 448 500 Tonnen). Davon entfielen auf Preußen 139,78 Millionen Tonnen (133) Steinkohlen, 71,29 Millionen Tonnen (67,42) Braunkohlen und 25,94 Millionen Tonnen (26,79) Koks.

Die Steinkohlenförderung Oesterreich-Ungarns belief sich im Jahre 1915 auf 16 083 074 Tonnen (im Vorjahre 15 411 860). Die Braunkohlenförderung belief sich im Jahre 1915 auf 22 023 511 Tonnen (23 772 069 Tonnen). Die Steinkohlenförderungsgewinnung ist von 1914/15 um 104 222 Tonnen im Jahre 1914 auf 205 040 Tonnen im Jahre 1915 gestiegen, während die Holzgewinnung 1 907 648 Tonnen im Jahre 1915 gegen 2 189 918 Tonnen im Jahre 1914 betragen hat. Braunkohlenförderung wurden im Jahre 1915 232 286 Tonnen erzeugt gegen 230 942 Tonnen im Jahre 1914.

sterblichkeit, speziell der Säuglingssterblichkeit, und andere sanitäre Maßnahmen.

Es darf nicht übersehen werden, daß alle bisher vorgeschlagenen Maßnahmen entweder unumsetzbar und zwecklos sind, oder bestenfalls nur palliativen Charakter tragen. Die Säuglingssterblichkeit kann in sehr vielen Staaten kaum mehr so stark herabgedrückt werden, daß dadurch der Geburtenrückgang auch nur ausgeglichen werden könnte. Ueberdies scheint die Säuglingssterblichkeit in einem gewissen inneren Verhältnis zur Geburtenhäufigkeit zu stehen, derart, daß mit dem Rückgang der ersteren die Geburtenzahl automatisch zurückgeht. Immerhin sind auf diesem Gebiete partielle und temporäre Erfolge nicht ausgeschlossen. Hinsichtlich der zum Teil phantastischen Projekte der direkten Geburtenbegrenzung durch Steuererleichterungen usw. darf man aber aus den — durchaus nicht feststehenden — Erfolgen in vergangenen Zeiten keineswegs auf unbedingte Erfolge auch in der Gegenwart schließen; wenn auch in einzelnen Fällen finanzielle Hilfe den Kinderreichtum fördern könnte, so darf auch nicht übersehen werden, daß die Gründe des Geburtenrückganges heute wesentlich andere sind, daß der Geburtenrückgang nicht etwa aus wirtschaftlicher Not entstanden ist, sondern letzten Endes auf den zunehmenden Wohlstand zurückzuführen ist.

Die Millionenverluste an Menschenleben im gegenwärtigen Kriege lassen unmittelbar nach dem Kriege eine völlige Reorientierung der Bevölkerungspolitik erwarten, über deren Erfolg man allerdings — solange die übrigen Voraussetzungen des Geburtenrückganges die gleichen bleiben — im Zweifel sein kann. Andererseits scheint es nicht ausgeschlossen, daß die durch den Krieg ausgelösten ungeheuren Untatenschaften auf geistig-kulturellem und sozial-wirtschaftlichem Gebiet auch eine Änderung in der allgemeinen Welt- und Lebensauffassung herbeiführen könnten, derart, daß sich eine Lösung des gesamten Problems des Geburtenrückganges von selbst ergeben könnte.

Notizen.

Der Hamburger Dichter Gustav Falke ist gestorben. Villen- und Hausbesitzer in der Nähe von Hamburg werden in das letzte Schicksal seiner Werke mit Interesse verfolgen; aber seine Gedichtsammlungen fanden doch ein freies Publikum.

Kienigs „Evangelium“ wurde als erste deutsche Oper in Konstantinopel aufgeführt. Die Leistung hatten der frühere Oberbühnen-Opernsänger Ernst und der Theaterkassierer Hermann. Das Orchester war 40 Mann stark, der Chor aus Dilettanten gebildet. Die Aufführung ergab einen starken Gesamteindruck, der zur Fortsetzung der Vorstellungen auf diesem Gebiete ermutigt.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Zu vier Monaten Gefängnis wurde ein Sanatorium in Interburg verurteilt. Er hatte zu einigen auf einem Gute arbeitenden Gefangenen gesagt, daß sie für das hiesige Essen viel zu viel arbeiten. Das Gericht erklärte in der Verurteilung die Befreiung einer christlichen Gefangenen.

Im Kreise Jauer wurde bei der Nachprüfung der bauschischen Getreidevorräte ein Mehl festgestellt von 1727 Zentnern Roggen, 30222 Zentnern Weizen, 11344 Zentnern Hafer, zusammen also 61 893 Zentnern Getreide.

Der französische Unterstaatssekretär des Kriegswesens, Desnord, ist zurückgetreten. Die verschiedenen Blättern aus Paris gemeldet wird, beabsichtigt der Gemeinderat in Erwartung weiterer Heppel-Angriffe eine künftige Tagung dieser Körperschaften für die Nacht einzurufen.

In Castellamare (Stetten) wurde eine Munitionsfabrik entdeckt, die als „Arbeiter“ nur solche Leute einstellte, die vorher 2000 Franken Einrückungsgeld entrichtet; denn alle „Arbeiter“ dieser Munitionsfabrik waren vom Militärdienst befreit. Die „Arbeiter“ bestanden aus Studenten, Kaufleuten und Söhnen wohlhabender Klassen. Der gesamte Verwaltungsrat der Fabrik hat sich aus dem Staube gemacht.

Der Gesandtschaftsrat über die bis zum 4. Februar 1917 dauernde Befreiung der Schwedischen Reichsbank von der Verpflichtung zum Ankauf von Gold ist von den beiden Kammern angenommen worden.

Im Monat Januar d. J. betrug der Wert der englischen Einfuhr 74 028 241 Pfund Sterling, der Wert der Ausfuhr 39 757 167 Pfund Sterling. Im Vergleich zu dem Januar des vorigen Jahres bedeutet das eine Abnahme der Einfuhr um 7 701 550 und der Ausfuhr um 5 600 575 Pfund Sterling.

Auf einen Antrag des Staatssekretärs für die Marine bewilligte das amerikanische Repräsentantenhaus 500 000 Dollars, um die Reparaturwerkstatt der Kriegsmarine auf der Insel bei San Francisco für den Bau von Schlachtschiffen einzurichten und die Reparaturwerkstatt so auszubauen, daß ihr Produktionsvermögen verdoppelt wird. Es liegt in der Absicht der Regierung, fünf Werften für den Bau von Schlachtschiffen verfügbar zu haben.

Wie ein amerikanisches Blatt aus New York erzählt, wird die amerikanische Regierung wahrscheinlich alle privaten drahtlosen Stationen übernehmen und dem Publikum zur Benutzung zugänglich machen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 8. Februar.

Nachdem einige Verordnungen wegen Änderung gesetzlicher Bestimmungen über die Schatzung des Wäldes genehmigt sind, folgt die erste Beratung des Entwurfs eines

Schätzungsgesetzes

und in Verbindung damit die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Förderung der Stadtstaaten.

Landwirtschaftsminister Hr. v. Schorlemer: Der vorliegende Gesetzentwurf entspricht dem Wunsch nach rechtzeitiger Maßnahmen, um möglichst bald wieder eine Geländung des Grundbesitzes herbeizuführen. Der leitende Gesichtspunkt hierbei war, daß die auf dem Gebiete des Schätzungswesens herrschenden großen Mängel nur durch eine allgemein durchgreifende gesetzliche Änderung beseitigt werden können. Wir rechnen mit der Möglichkeit, daß bald wieder geordnete wirtschaftliche Verhältnisse eintreten und wünschen die baldige Verabschiedung des Gesetzes. Das Inkrafttreten des Gesetzes soll jedoch einer künftigen Verordnung vorbehalten bleiben. Die Schätzungswesen sollen eine Kollegialenrichtung mit behördlichem Charakter darstellen und sollen möglichst wenig in die Befugnisse der Gemeinden eingreifen. Neue Kosten werden den Gemeinden nicht auferlegt, denn die entstehenden Kosten werden voraussichtlich durch die eingehenden Gebühren gedeckt. Die Regierung ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß es zweckmäßig ist, verschiedene große Städte mit einheitlichen Verhältnissen zu einem Schätzungssamt zusammen zu legen. So ist in Aussicht genommen, für Großberlin ein Schätzungssamt zu bilden. Diese Regelung beruht keineswegs auf kommunalpolitischen, sondern auf sachlichen Gesichtspunkten. Gleiche wirtschaftliche Verhältnisse sollen auch durch eine gleichartige Tätigkeit des Schätzungssamtes geregelt werden. Der Gesetzentwurf zur Förderung der Stadtstaaten soll dazu beitragen, der Notlage besonders der südlichen Grundbesitzer abzuwehren, einer Notlage, die vor allem mit der schweren Beschaffung von zweiten Hypotheken zusammenhängt. Leider sind bisher die unfähigsten Tilgungshypotheken vor selten in Anwendung gekommen. Zur Behebung dieser Hypotheken können in erster Linie die Sparkassen auf kommunaler Grundlage in Betracht. Es ist erfreulich, daß diese Sparkassen tatsächlich nur ganz selten von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch gemacht haben. Es wird nun darauf ankommen, außer den schon bestehenden neuen Instituten zu schaffen, die diese unfähigsten Tilgungshypotheken hergeben. Die Mittel für das nötige Grundkapital dieser Institute stellt der vorliegende Gesetzentwurf in Aussicht. Ich hoffe, wenn Sie diesem Entwurf Ihre Zustimmung geben werden, daß dann die Stadtstaaten den gleichen Erfolg haben werden, wie er den Landstaaten beschieden war. (Beifall.)

Hr. Grundmann (Kons.): Der vorliegende Gesetzentwurf behandelt die brennende Frage der Sanierung der städtischen Grundbesitzes. Während bisher eine Ueberwälzung der Grundbesitzes nicht selten war, erhofft man von den zu treffenden Maßnahmen eine größere Ueberwälzung und vor allem Einheitlichkeit. Eine Reihe von Bedenken werden allerdings in der Kommission ausgesprochen werden müssen. Vor allem müssen wir näher erfahren, nach welchen Grundrissen verfahren werden soll, um zu wissen, welche Wirkungen das Gesetz haben wird. Ich beantrage Ueberweisung des Entwurfs an eine Kommission von 28 Mitgliedern. (Beifall.)

Hr. Dr. Oger (Zent.): Die schädliche Lage des Grundbesitzes ist jetzt im Kriege durch den Anstieg an Werten noch verschärft worden. Ich kann aber erklären, daß der Grundbesitz und die Hypothekengläubiger gewillt sind, auszuhalten bis zur Beendigung des Krieges. Der Entwurf hat im allgemeinen eine freundliche Aufnahme gefunden; wir stehen ihm trotz einiger Bedenken wohlwollend gegenüber. Besonders beweisen wir, daß es möglich sein wird, die erforderliche Zahl von sachkundigen Schätzern zu finden. Auch die Ueberwälzung der Gemeinden erscheint uns bedenklich. Eine endgültige Stellungnahme behalten wir uns für die zweite Lesung vor. Der Ueberweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern schließen wir uns an. (Beifall.)

Hr. Dr. Riedmann (Kons.): Auch wir stimmen dem Gesetzentwurf im wesentlichen zu. Es liegt im Interesse der Grundbesitzer, die Grundbesitzes sowohl vor einer Ueberwälzung, wie vor zu niedriger Schätzung zu bewahren.

Hr. Graf Walthe (Zent-Kons.) (sehr schwer verständlich): Mit den grundlegenden Gedanken der beiden Gesetzentwürfe sind wir einverstanden.

Minister Hr. v. Schorlemer: Abänderungsvorschläge werden wohlwollend geprüft werden. Die Interessen einzelner Grundbesitzer von Berlin werden ausgiebiger berücksichtigt werden, als es im Entwurf vorgesehen ist. Die Staatsregierung wird aber unbedingt an dem Gesichtspunkt festhalten, daß für den Zweckverband Berlin nur ein einziges Schätzungssamt ins Leben gerufen werden kann, damit die Einheitlichkeit der Schätzungsgrundrätze gewahrt wird. Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 3 Uhr vertagt. Außerdem kleinere Vorlagen.

Schluß 4 1/2 Uhr.



Mittwoch
in den Verkaufsstellen eintreffend:
Bratfische Pfund 48
Cablau mit Kopf Pfund 56
Cablau ohne Kopf Pfund 66
im Ausschnitt Pfund 68
* nicht in allen Verkaufsstellen erhältlich.

1 Doppelwagen
Haferflocken und
Hafergrütze Pfund 55

Neu eingeführt
Salatan
Salatwurz-Ersatz für Salatöl
1/2 Liter-Flasche mit Glas 75
Gebrauchsanweisung an den Flaschen.

Städtisches
Gulasch
aus bestem Schweinefleisch hergestellt, Dose 140

Fruchtmarmelade Pfund 48
Zwetschenmarmelade Pfund 50
mit Apfelsatz
Fst. Apfel-Gelee garantiert rein . . Pfund 56
Himbeer m. Apfel-Marmelade Pfund 50
Johannisbeer m. Apfel-Marm. Pfund 58
Salzbohnen ungebrüht Pfund 30

Eier-Abschlag!
Grosse frische Eier Stück 18
Städtische Eier Stück 16
* Nur in den folgenden Verkaufsstellen erhältlich:

Hanauer Landstr. 32
Baugraben 16
Berger Strasse 26
Eckenheimer Landstr. 57
Spohrstrasse 2
Tausenstrasse 33
Mainzer Landstr. 117
Gutleutstrasse 109
Darmstädter Landstr. 75
Falkstrasse 94
Eschersheimer Landstrasse 92
Schweizer Strasse 72
Alt-Rödelheim

I. Latscha

Spezialausschank
der Brauerei Henninger
Am Opernplatz - früher Wirtschaft Schnell.
Bekannt gute Küche.
Ia Biere direkt vom Fass.
Jeden Donnerstag: Metzelsuppe.

Kein Bier-Aufschlag!
Stollbier
zum alten Preis
per Flasche 12 Pfg. ohne Glas.
W. Stoll vorm. H. Kölsch Nachfl.
am Hauptgüterbahnhof.
Erhältlich in allen Filialen des Konsum-Vereins, von Latscha und von Schade & Füllgrabe und in allen einschlägigen Geschäften.

Vorsicht
bei dem Einkauf von
Seefischen

Beginnend Mittwoch, 9. Februar, verkaufe ich
nur 61 Allerheiligenstrasse 61

	Amtlicher Preis	Mein Verkaufspreis
3411 Grosser Seheffisch mit Kopf, über 1 1/2 Pfd., ungeputzt	1.05	85
Mittel-Seheffisch mit Kopf, 1/2 bis 1 1/2 Pfd., ungeputzt	95	85
Bratschellisch	60	50
Portion-Seheffisch	—	60
Kleinstmittel-Kablau mit Kopf, ungeputzt	60	56
Grossmittel-Kablau mit Kopf, 2 bis 3 Pfd., ungeputzt	65	65
Grossmittel-Kablau o. Kopf, 1 1/2 bis 4 Pfd., ungeputzt	35	65
Gross-Kablau mit Kopf, über 4 Pfd., ungeputzt	73	70
Gross-Kablau ohne Kopf, über 4 Pfd., ungeputzt	80	80
Gross-Kablau, im Ausschnitt	1.20	1.00
Schellisch, unsortiert	60	55
Schellisch, ohne Kopf	65	60
Kablau, ohne Kopf	60	55
Kablau, im Ausschnitt	80	70
Seelachs, ohne Kopf	50	50
Seelachs, im Ausschnitt	70	70

Zusendungen erfolgen nicht und sind Bestellungen möglichst frühzeitig zu machen, damit die Ware möglichst reserviert werden kann.
Fischkonservenfabrik und Fischgrosshandlung
Eisemann.
Fernsprecher: Hansa 2505.

Tüchtige Dreher

für Spitzen-Drehbänke und für Horizontal-Bohrwerke,
sowie gute Motorenschlosser
gegen hohen Verdienst bei dauernder Beschäftigung
gesucht.

Maschinen- und Armaturen-Fabrik
vorm. H. Breuer & Co., Höchst a. M.
Abteilung Motoren-Fabrik.

Dreher, Schlosser
Werkzeugmacher, Mechaniker

für dauernde Beschäftigung bei guten Löhnen gesucht. Bei Bewerbungen bitte wir Alter und Minderverhältnis angeben.
Motorenfabrik Oberursel A.-G. Oberursel a. M.

Nachweisung

Lehrstellen

in tarifreuen Buchdruckereien für
Schriftsetzer
und
Buchdrucker
durch den
Deutschen Buchdruckerverein
Neue Mainzer Strasse 31.

Lumpen, Papier.

Zeitschriften, Geschäftsbücher zum Einkampfen
kauft zu erhöht. Tagespreisen
Joseph Oppenheim Wwe.
Schloßstrasse 4
Telephon Tausen 1146.
Jed. Quantum wird abgeholt.

Ankauf

von Anochen, Lumpen, Flaschen
Papier zum Einkampfen
J. Röder, Frohnstr. 6.

Hosen

für Knaben im Alter von 3 bis 9 Jahren
1.95, 2.25, im Alter v. 10 bis 13 Jahren 2.95, 3.45, 3.95, für Herren und Herren, schon gekleidet 4.50, 5, 6, 7, 8, 9, bessere 10, 12, 15.

Adolf Schönfeld
früher Habgasse
Trierische Gasse 5, I.
Kein Laden.

Achtung!

Anzüge
Paletots, Wäster, Hosen
elegante Naharbeit
in allen Größen
bügelt abzugeben bei
Commerfeld's
Schnädderei u. Reinigungs-Anstalt
Schnurgrasse 2, II.
Ede Habgasse. 01304

Viele große Vorteile durch Erparung d. Bademiete u. eig. Herd, d. Bad, Herren- u. Damen-Anzüge, schwarzblau, maroon, jede Größe vorrät, Hosen, Wästermäntel, Kapes, Wäster u. Herdblecher enorm bill. abzug. Berger Str. 107, I., Herren-Schneiderei. Anzüge werden auch nach Maß mit u. ohne Stoff und Garantie f. gut. St. billig angefertigt. 2884

Abziehbilder

für Laterna magica.
Neuheit:
Weltkrieg 1914/16.
Preis p. Serie von 48 Bildern
3.5 cm 4 cm 5 cm breit
0.50 0.60 0.80
6 cm 7 cm 8 cm breit
1.00 1.40 3.20
sowie
Farben für Bleisoldaten
empfiehlt
Farbenhaus Jenisch
Gr. Hirschgraben 14.

Hübsches Zimmer an einen solid. Arbeiter f. verm. Wobstr. 67, D. 2. 3375

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Frankfurt a. M.

Montag den 14. Februar, abends Punkt 8 Uhr, in den
Genninger-Sälen, Allerheiligenstrasse 10/12

Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die gegenwärtige Situation.
2. Jahresbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr.
3. Kassenbericht.
4. Neubestätigung der Ortsverwaltung und der Kartelldelegierten.
Um guten Besuch der Versammlung ersucht
Mitgliedsbuch mitbringen. Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung.

Inhaber von Wohnungen und Gewerberäumen, die zum Heeresdienste eingezogen sind und die Räume nicht benutzen, können, falls auch von den sonstigen Familienmitgliedern eine Benutzung der Wohnräume oder der Gewerbelokale wegen anderweitigen Aufenthalts nicht stattfindet, ihre Freilassung von den nach dem Mietwerte der Räume berechneten Gebühren und vom Wassergelde herbeiführen.

Zu diesem Zwecke sind die in den Räumen vorhandenen Anschlüsse an die Wasserleitung von ihnen unbenuhbar zu machen und die Ausführung dieser Arbeit der Direktion der städtischen Wasserwerke mitzuteilen. Von dieser wird umgehend eine Prüfung an Ort und Stelle veranlaßt werden. Die Befreiung von den Abgaben tritt von dem auf die Prüfung folgenden Monatsersten ab ein, sie endet mit Ablauf des Monats, in dem eine Wiederbenutzung der Räume und der Wasseranschlüsse erfolgt. Von der Wiederbenutzung hat der Inhaber Anzeige zu machen.

Frankfurt a. M., den 31. Januar 1916.
Rechn.-Amt.

AUCH HÖHEREN ORTS
hat man festgestellt, daß

IMMALIN

-bekannte Schuhputz-
ersklassig
Zahlreiche Lieferungen an
Militärbehörden
für unsere
Feldgrauen
bestätigen dies
Kein
Abfärben! Geruchlos!

Allein-Fabr.: Chem-Fabrik Eisenrath A. M. H.
Mettmann Rhld
Fabrik-Lager Frankfurt a. M.
Gutleutstrasse 3.

Ausschuss für Volksvorlesungen

Hanau a. M.
Dienstag den 15. Februar, abends 8 Uhr,
im Stadttheater:

Volks-Vorstellung.

Wo die Schwalben nisten.
Vollständ. in vier Bildern und einem Vorspiel von Leo Rahnert
und Hans Lorenz.
Eintrittskarten von 20 bis 50 Pfg. bei Herrn Georg Dabach,
Cigarrengeschäft, Diegerstrasse 7, sowie in den Konsumgeschäften
Rühlstrasse 2, Schmuckstrasse 7, Bangerstrasse 14 und in Reffelstr.
Hauptstrasse 33 zu haben.
Kinder unter 14 Jahren haben freien Zutritt.
Der Ausschuss.

Arbeiter-Gesangverein „Concordia“
Rossdorf.

Unsere verehrlichen Mitglieder die schmerzliche
Nachricht, dass der langjährige Sangesbruder
Philipp Keim
in den Kämpfen am 26. September vorigen Jahres
gefallen ist, was seine Angehörigen jetzt erst erfahren
haben.
Sein Andenken bleibt ein ehrendes!
Der Vorstand.